

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/89

SAARBRÜCKEN - SPD-Parteitag
14. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Selbstbewußt und zuversichtlich ----- Zum Ausklang des SPD-Parteitages in Saarbrücken	78
2 a	Dank den Unsichtbaren ----- Hinter den Kulissen des Parteitages wurde hart gearbeitet	42
3	Scheel-Besuch in Spanien erweckte demokratische Hoffnungen ----- Sein Gespräch mit der spanischen Opposition war ein Dienst an Europa Von unserem ND-1-Korrespondenten in Madrid	44
4	Die "hundsverreckte Bauernsau" ----- Immunität der Abgeordneten und die Freiheit zum Schimpfen Von Hermann Dürr, MdB	51
5	Neue Parteispaltungen in Frankreich ----- Von Georg Scheuer, Paris	42
6	Wird sich die Schweiz bewähren? ----- Anfang Juni Entscheid über die Überfremdungsinitiative Von Hermann Battaglia, Bern	49

Selbstbewußt und zuversichtlich

Zum Ausklang des SPD-Parteitages in Saarbrücken

sp - Mit großem Interesse hat nicht nur die deutsche Öffentlichkeit Verlauf und Ergebnis des SPD-Parteitages in Saarbrücken verfolgt. An der Vielzahl ausländischer Journalisten und Gäste, die nach Saarbrücken kamen, kann man die Bedeutung erkennen, die der deutschen Sozialdemokratie als einen bestimmenden Faktor deutscher und gewichtigen Faktor europäischer Politik zuerkannt wird.

Was diesen Parteitag wohl in erster Linie kennzeichnete, ihm das Gepräge gab, ist das gestiegene Selbstvertrauen und das Bewußtsein, auf festem und sicherem Boden zu stehen. Es gab keine selbstquälerischen Diskussionen darüber, ob der Weg, den die Partei seit dem Nürnberger Parteitag vor zwei Jahren gut oder schlecht war und ist. Diese Frage stellte sich nicht. Die SPD/FDP-Koalition ergab sich zwangsläufig aus dem Ergebnis der Wahlen vom Herbst letzten Jahres. In Nürnberg überschatteten Sorge und Zweifel, ob die Große Koalition sich nicht doch zum Schaden der Sozialdemokratie auswirken würde. Der Gedanke, ein Blutspender für die Unionsparteien zu sein, bereitete vielen Sozialdemokraten Unbehagen. Ihre Befürchtungen wurden durch den Wahlausgang vom 28. September 1969 hinfällig. Die Große Koalition erwies sich, in der Rückschau gesehen, als eine notwendige Zwischenstation, um nach dem 28. September das Bündnis mit jenen Kräften einzugehen, die gewillt waren und sind, die deutsche Politik elastischer und wirklichkeitnäher zu gestalten.

Über der sozialliberalen Koalition hängen keine Fragezeichen, es gab in Saarbrücken überhaupt keinen Zweifel an deren Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit. Diese Feststellung hat schon ihr Gewicht. Die Regierung Brandt/Scheel wird ihr Programm, festgelegt in der Regierungserklärung am 28. Oktober 1969, im Zeichen loyaler Partnerschaft Zug um Zug verwirklichen.

Das Schwergewicht sozialdemokratischer Aktivitäten liegt heute und wohl für recht lange Zeit auf dem Feld der Gesellschaftspolitik. Vieles ist nachzuholen. Nur eine politisch und gesunde, wirtschaftlich stabile Bundesrepublik wird kommenden Stürmen gewachsen sein und im Wettlauf der Industrienationen bestehen; nur so wird sie den ihr angemessenen Beitrag zur Linderung von Weltnöten leisten können.

20 Jahre CDU/CSU-Herrschaft haben ein schlimmes Erbe hinterlassen.

Unter dem Druck und Einfluß der Sozialdemokratie erfolgten in der Großen Koalition verheißungsvolle Ansätze auf vielen Gebieten, wurden neue Zeichen gesetzt. Aber vieles blieb auch stecken, wurde nicht mit Energie und Eifer weiterverfolgt, weil die C-Parteien aus Angst, vor Erfolgen sozialdemokratischer Minister in den Schatten zu geraten, in der letzten Phase gemeinsamer Regierungstätigkeit nicht mehr mitmachen wollten.

Heute kann die SPD unbeschwert, nicht gehemmt von reaktionären, rückwärtsgewandten Kräften an die Verwirklichung ihrer Ziele und ihrer Vorstellungen über ein gerechtes Gemeinwesen herangehen. Dazu bedarf es freilich eines langen Atems. Dem Willen zur Reform von Staat und Gesellschaft gab der Parteitag neue und belebende Impulse. Er setzte Wegzeichen, die die Stationen dieses Jahrzehnts markieren. Sie betreffen den Zugang unserer Jugend zu Wissen und Bildung, die Anpassung des gegenwärtigen Sozialsystems an die Gebote eines besseren Ausgleichs im Sinne der Gerechtigkeit, einen gerechteren Anteil der arbeitenden Menschen am Zuwachs von Vermögen, die Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Gleichheit der Chancen für alle, die Erhaltung der Gesundheit und die vorbeugende Behandlung von Krankheiten, die Wiederherstellung gesunder, heute von vielen Gefahren bedrohten Umweltbedingungen (Luftverseuchung, Wasserverunreinigung, Verkehrsnot in den Städten, Lärmbekämpfung), Wohnungen zu erträglichen Mieten, Eindämmung der Bodenspekulation und vieles andere mehr, was unseren Bürgern an die Haut geht. Unsere Gesellschaft und die ganze Welt befinden sich in einem atemberaubenden Wandel, Entwicklungen, die früher Jahrhunderte beanspruchten, vollziehen sich heute in Jahren und Jahrzehnten. Wer sich dagegen sperrt, in Klagen ausbricht oder sich mit dem Schlagwort "Keine Experimente" durchmogeln will, gibt sich selbst auf, ist verloren. Die SPD stellt sich den Anforderungen unserer Zeit.

Die Sozialdemokratie verstand sich immer als eine Partei, in der der moralische Impetus nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und nach einer Welt, in der Konflikte und Gegensätze zwischen Völkern und Staaten ihre friedliche Austragung finden sollen, stärkster Antrieb ihres Handelns war. Dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, bleibt sie treu. Darin liegt das Geheimnis ihres Erfolges und ihrer Ausstrahlungskraft auch für eine heranwachsende Generation. Hier kommt eine moralische Grundhaltung zum Ausdruck, die Jung und Alt miteinander verbindet.

Der Parteitag hat die Entschlossenheit der Sozialdemokratie erneut bekräftigt, Ziele anzusteuern, deren Verwirklichung unerlässlich ist, um Volk und Staat zu befähigen, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen: Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich im Inneren und Zusammenarbeit mit allen, die am Bau einer gesicherten Friedensordnung mitwirken wollen.

Dank den Unsichtbaren

Hinter den Kulissen des Parteitages wurde hart gearbeitet

sp - Leicht hatten sie es diesmal nicht, die Unsichtbaren, die hinter den Kulissen des Parteitages schwer arbeiten mußten, um Tonnen von Papier zu beschreiben, abzuziehen, zusammenzulegen, zu drucken und schnellstens auf die Tische der Delegierten zu bringen. Widrige äußere Umstände, Diskussionen bis spät in die Nacht, lange Zufahrtswege vom Quartier zum Arbeitsplatz und zurück, Umwege, diktiert vom Hochwasser - alles das zusammen ließ den unsichtbaren Geistern hinter den Kulissen des Parteitages keine Atempause.

Es hätte genügend Anlaß zu Nervosität gegeben. Mitunter platzte dem einen oder anderen der Kragen, Ermüdungserscheinungen machten sich bemerkbar, und doch rollte der Kongreß vom zweiten Tage an wie auf Rouletten. Unbeeindruckt von feuchter Hitze, plötzlicher Kühle und drohender Hochwassergefahr taten Sekretärinnen und Sekretäre, Helfer und Organisatoren ihre Pflicht. Die anfänglich verwirrend erscheinende Vielfalt von Büros, Materialausgabestellen, Delegiertenkontrollen und Verteilertheken fügte sich schon am zweiten Tage zu einer übersichtlichen Apparatur zusammen, die nur ab und zu einmal Verschleißerscheinungen zeigte, wenn allzu viele Anforderungen überraschend und möglichst noch vor Empfang der Anweisung erfüllt werden sollten. Als am Mittwoch Delegierte, Organisatoren und Mitarbeiter des Parteitages beim traditionellen bunten Abend beisammensaßen, schien es so, als habe es niemals irgendeinen Ärger gegeben. Selbst die Journalisten, zu Beginn des Parteitages aus unterschiedlichen Gründen durchaus nicht des Lobes voll über die Organisation, fügten sich von Stunde zu Stunde immer schmiegsamer in das Getriebe ein, und fanden - manchmal nach einigen Irrwegen - doch noch ein ruhiges Plätzchen, wo sie arbeiten konnten.

Zu denen, die mit dazu beitrugen, daß manche Schwierigkeit überwunden werden konnte, gehörten auch die Fahrer, die Fernschreiber, die stets wachsamen "Tonmacher" und alle jene, die den ganzen Kongreß ein Extralob der Bank für Gemeinwirtschaft! - von morgens bis abends mit gutem Kaffee versorgten.

Namen nennen wir nicht, weil sich die Verantwortlichen für die Überwindung der Schwierigkeiten und die organisatorische Gesamtleitung nicht interviewen lassen wollten. Sie hatten wohl das sichere Gespür dafür, daß der beste Manager hilf- und machtlos gewesen wäre, hätten ihm nicht die unsichtbaren Geister zur Seite gestanden.

Deshalb herzlichen Dank allen, die geholfen haben, den Saarbrücker Parteitag durchzuziehen und die sich durch nichts aus der Ruhe bringen ließen, als es schien, daß sogar einige gestandene Delegierte und alte Kongreßhasen durchdrehen wollten.

+ + +

Scheel-Besuch erweckte demokratische Hoffnungen

Sein Gespräch mit der spanischen Opposition war ein
Dienst an Europa

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das Gespräch, das Bundesausussenminister Walter Scheel mit vier prominenten spanischen Regimegegnern führte, wies den Minister als Staatsmann von Gespür aus. Den Beweis dafür liefert das spanische Regime, das sich seither in eine heftige Polemik verwickelt sieht und mit Forderungen nach Demokratie selbst von einem falangistischen Flügel bombardiert wird.

Jesus Fueyo, einer der Falange-Ideologen, verlangte im Madrider Blatt "Informaciones" die Gründung politischer Vereinigungen, in denen auch oppositionelle Meinungen vertreten werden können. Der falangistische Abgeordnete Puig Maestro-Amado schlug vor, die vier Regimegegner auszuzeichnen, da sie sich dem Dialog mit Scheel stellten und dabei "eine Vereinbarung zwischen unserer Regierung und der Bonner Regierung erfüllten".

Der Monarchist Juan Ignacio Luca de Tena vergriff sich im Ton, als er im Madrider "ABC" die Behauptung aufstellte, ein spanischer Minister würde sich in Bonn auch nicht mit Ex-Nazis treffen. Die angesehenen Barceloneser "La Vanguardia Espanola" bescherte ihm eine Abfuhr und fand seinen Nazi-Vergleich geschmacklos. Sie berief sich auf Fueyo, der die Opposition im spanischen Regime institutionalisiert sehen will und belehrte das Regime, in demokratischen Ländern seien Kontakte ausländischer Staatsgäste mit der Opposition üblich. Einer der Teilnehmer am Gespräch mit Scheel, der Exdiplomate José Maria de Areilza, Graf von Motrico, erteilte den Ultras eine Lektion in Demokratie. Im rechtskatholischen Organ "Ya" schrieb er, die Opposition sei ebenso wie die Regierung für die öffentlichen Angelegenheiten verantwortlich. An die Adresse des Regimes gerichtet, erklärte er, nur in totalitären Regimes bestesse eine einzige Gruppe die ganze Wahrheit und verfolge ihre Gegner als Verräter, der Totalitarismus betone häufig den Patriotismus, vorgesse aber dabei, dass dieser stets verantwortungsbewusste Selbstkritik bleiben müsse.

Im Syndikatsorgan "WPueblo" betonte Falange-Chefideologe Emilio Romero, die spanischen Gesetze erlauben keinerlei in politischen Vereinigungen organisierte Opposition. Von dieser Seite her sind die härtesten Widerstände zu erwarten - der 1. Mai 1970 bewies es erneut. Die Forderungen nach politischer und gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit sowie nach einer Generalamnestie für politische Überzeugungstäter in Spanien werden jetzt auch von der katholischen Kirche mit grösster Energie unterstützt. Die katholische Arbeiterbruderschaft verlangte neben einer Generalamnestie auch die freie Wahl von Gewerkschaftsvertretern auf allen Ebenen sowie die strikte organisatorische Trennung von Arbeitnehmern und Unternehmern. Auch die Internationale Arbeitsorganisation der UNO hatte in ihrem Spanienbericht die spanischen Vertikalsyndikate deswegen beanstandet.

Die "hundsverreckte Bauernsau"

Immunität der Abgeordneten und die Freiheit zum Schimpfen

Von Hermann Dürr, MdB

Angenommen, ein Bundestagsabgeordneter nennt einen anderen Menschen einen Vollidioten, Rotzlöffel oder ähnlich. Wenn der so Charakterisierte nicht grossmütig annimmt, der Beleidiger habe sich durch die Wahl seines Ausdrucks selbst disqualifiziert, sondern Strafantrag wegen Beleidigung stellt, dann muss der Bundestag über die Aufhebung der Immunität des Täters befinden. Dabei hat er sich nach geltendem Recht an seine eigenen Richtlinien in Immunitätsangelegenheiten zu halten. Sie besagen kurz und bündig, dass bei Beleidigungen politischen Charakters die Immunität nicht aufgehoben werden soll.

Frühere Bundestage haben diese Bestimmung mit einer Grosszügigkeit ausgelegt, bei der man es nicht ohne genauere Überprüfung belassen sollte. Es wurde mehr oder weniger die Ansicht vertreten, ein Abgeordneter sei immer im Dienst. Man war deshalb geneigt, eine Entgleisung als eine Beleidigung politischen Charakters anzusehen und also die Immunität des Abgeordneten nicht aufzuheben. So billigte etwa der 4. Bundestag einem Gastwirt und Abgeordneten, der einen Gast nach einer Unterhaltung über kommunalpolitische Themen als "hundsverreckte Bauernsau" bezeichnet hatte, zu, diese Beleidigung habe einen politischen Charakter. Manche - gelinde gesagt - temperamentvolle Abgeordnete könnten aus solcher Praxis den Schluss ziehen, ein Volksvertreter geniesse unter dem Schutz der Immunität Narrenfreiheit für Beleidigungen und üble Nachreden.

Beleidigungen im Plenum und den Ausschüssen des Parlaments tragen dem Täter einen Ordnungsruf oder gar den Ausschluss aus der Sitzung ein. Beleidigungen an anderem Ort, ob schriftlich oder mündlich geäussert, werden bei der derzeitigen Handhabung des Bundestages weder bestraft noch vom Präsidenten missbilligt. Erweckt das nicht den Eindruck, ein Parlamentarier habe das Privileg, zu beleidigen, so viel und wen er wolle?

Nun hat der Gedanke, Grenzüberschreitungen in der politischen Auseinandersetzung nicht mit dem Millimetermaß nachzuprüfen, sicher auch sein Gutes. Wenn zum Beispiel im Wahlkampf die Wogen hoch gehen, gibt leicht ein Wort das andere. Wohl kaum einer liest vorher die Kommentare zu § 185 und 186 des Strafgesetzbuches nach. Es wird nicht nur mit dem Florett gefochten, sondern oft mit dem schweren Säbel oder gar mit dem Dreschflegel. In solchen Fällen soll man über die eine oder andere Formulierung nicht beckmessern, sondern grosszügig zur Sache übergehen.

Wenn jedoch ein Abgeordneter in einem Brief an einen Wähler einen Dritten, der ihm nichts getan hat, mit einem grob beleidigenden Ausdruck belegt, der mit dessen politischen Ansichten überhaupt nichts zu tun hat, so kann das, zumindest wenn der Beleidigte Strafantrag stellt, nicht ungerügt durchgehen. Die Abgeordneten sollten sich nicht nachsagen lassen, sie hätten sich selbst die Narrenfreiheit zugesprochen, ungestraft beleidigen zu dürfen.

Verständliche Grenzüberschreitungen in der Hitze des politischen Gefechts soll man nicht überbewerten, aber unprovokierte Schimpfkannonaden, die in keinem sichtbaren Zusammenhang mit dem Gegenstand der politischen Diskussion stehen, verdienen - auch bei aller Würdigung landesüblich derber Ausdrucksweise - keinen öffentlichen Schutz, denn die politische Auseinandersetzung ist nun einmal kein Schimpfwettbewerb.

Neue Parteispaltungen in Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Außer den vier nebeneinander bestehenden Parteien der demokratischen Linken - PS (Parti Socialiste, vormals SFIO), Parti Radical (Servan-Schreiber), Convention (Mitterrand) und PSU (Linkssozialisten) - gibt es jetzt die vom Bürgermeister von Mühlhausen Emile Müller gegründete Parti Démocrate Socialiste (PDS). Diese von der PS als "Rechtsabspaltung" bezeichnete Partei war bis jetzt auf Ostfrankreich beschränkt und bemüht sich nun, im ganzen Land Boden zu fassen. Dabei will sie alle früheren SFIO-Sektionen erfassen, die mit dem derzeitigen Linkskurs der PS nicht einverstanden sind und insbesondere jede Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei ablehnen.

In diesem letzten Punkt gibt es derzeit auch innerhalb der Parti Socialiste Nuancen; die Pariser Organisation unter der Führung des früheren "Populaire"-Chefredakteurs Claude Fuzier neigt stärker zu einer Linksfrente, während der Parteivorstand mit dem Generalsekretär Alain Savary mehr die Dringlichkeit einer Zusammenarbeit mit der linken Mitte betont. Damit gaben sich die Rechtssozialisten nicht zufrieden. Daher Emile Müllers Neugründung.

Erfolg hatte die PDS bis jetzt hauptsächlich bei der Gruppe "Nation Socialiste" und ihrem Vorsitzenden, dem früheren zentralen Organisationssekretär der KPF Auguste Lecoœur. Er war in den 50er Jahren zur SFIO übergetreten und ist jetzt in der PDS.

Auch die sozialdemokratischen Bürgermeister einiger Pariser Vororte (Fontenoy-aux-Roses, Puteaux und Villeneuve-Saint-Georges) und die vom Bürgermeister von Villeurbanne bei Lyon gegründete Splinterpartei "Parti Socialiste Indépendant" sind zur PDS übergetreten.

Die erste öffentliche Kundgebung dieser "Rechtssozialisten" im Pariser Distrikt erfolgt dieser Tage in Form einer Pilgerfahrt zum Grabe Leon Blums.

Hierzu vermerkt das Publikationsorgan der PS (das "Bulletin Socialiste" erscheint jetzt anstelle des vor einigen Monaten eingestellten Zentralorgans "Le Populaire"), die Bürgermeister der genannten Orte seien "wegen Disziplinmangel und Zusammenarbeit mit den reaktionären Kräften ausgeschlossen worden".

Frankreich hat jetzt jedenfalls neben der Parti Socialiste nicht nur die Radikalen und die Convention, zwei sehr nahestehende sozialistisch-demokratische Gruppen, sondern auch einerseits die "Linkssozialisten" der PSU und andererseits die "Rechtssozialisten" der PDS. Der Einfluß aller dieser Organisationen ist allerdings zumeist auf bestimmte Städte und Provinzen beschränkt. Nur alle zusammen wären in Frankreich eine beträchtliche Kraft, mit welcher sowohl die Konservativen als auch die Kommunisten zu rechnen hätten.

+ + +

Wird sich die Schweiz bewähren?

Anfang Juni Entscheid über die Überfremdungsinitiative

Von Hermann Battaglia, Bern

Wenn es nach der Papierform gehen würde, müßte die von der "Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat" lancierte Überfremdungsinitiative am 6./7. Juni eine klägliche Abfuhr erleiden. Das Volksbegehren verlangt, daß die Zahl der Ausländer in jedem Kanton zehn Prozent der Schweizer nicht überschreiten darf. In den nächsten vier Jahren müßten danach 310.000 Ausländer, davon mindestens 200.000 erwerbstätige Jahresaufenthalter, das Land verlassen.

Aus wirtschaftlichen und menschlichen Überlegungen haben alle Schweizer Parteien, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber sowie die Kirchen für die Volksabstimmung die Nein-Parole herausgegeben. Sie weisen darauf hin, daß der Aderlass von der Wirtschaft nicht verdaut werden könnte, handelt es sich bei den Niedergelassenen doch sehr oft um qualifizierte Arbeitskräfte, die durch Saisonarbeiter nicht ersetzt werden könnten. Im Gegensatz zur jetzigen Regelung will die "Nationale Aktion" für Saisonarbeiter keine Begrenzung, daß diese ihre Angehörigen daheim zurücklassen müssen und sich in der Schweiz bedeutend weniger als die Niedergelassenen assimilieren würden, stört die "Nationale Aktion" nicht.

Am 6./7. Juni muß es aber nicht unbedingt nach der Papierform gehen. Die Haßpropaganda der Rassisten hat bis zur Stunde einen erschreckenden Widerhall im Schweizer Volk gefunden. Das zeigt sich auf der Straße, in der Bahn, an Versammlungen, ja sogar in der Kirche. Leider kriechen gerade die Arbeiter und Angestellten der Aktion am stärksten auf den trügerischen Leim: Weniger Ausländer - mehr und billigere Wohnungen, sicherere Arbeitsplätze, bessere Aufstiegschancen, genügend Spitalbetten und Schulraum. Zum Verständnis, nicht aber zur Entschuldigung der Arbeitnehmer muß gesehen werden, daß sie die Nachteile der Überfremdung am stärksten zu spüren bekommen, während sie von den Vorteilen - nur wenig merken. So gibt es viele Betriebe, in denen die Schweizer stark in der Minderheit sind und deren Organisation auf die Ausländer abgestimmt wird.

Daß die Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft vom Ausland heute zu groß ist und daß zahlreiche Betriebe in Rückstand geraten sind, weil sie immer mehr Ausländer angestellt haben statt zu rationalisieren, wird kaum von jemandem bestritten. Der Bundesrat hat denn auch beschlossen, auf menschlich und wirtschaftlich verantwortbare Art und Weise den Ausländerbestand zu stabilisieren. Der eingeschlagene Weg scheint erfolgversprechend zu sein. Nachdem aber in den letzten Jahren immer und immer wieder von Stabilisieren gesprochen wurde, die Zahl der Ausländer aber ständig wuchs, fehlt heute in weiten Kreisen der Schweiz der Glaube. Das ist mit daran schuld, daß die unmenschlichen Methoden der "Nationalen Aktion" so viele Freunde gefunden haben.

Der Ausgang der Abstimmung ist ungewiß. Die Initiative muß nicht nur die Mehrheit der Stimmbürger, sondern auch diejenigen der Kantone auf sich vereinigen. Das letztere dürfte bedeutend schwieriger sein. Man ist sich in der Schweiz darüber klar, daß ihr Ansehen im Ausland aber auch dann leiden würde, wenn das Volksbegehren nur knapp abgelehnt würde.